

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Auf 14 574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Dr. Fritz Klauener in Dresden.

Nr. 24

Dresden, Mittwoch, 30. März

1932

Der Abschluss der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 29. März.
Der Abschluss der in Warschau geführten deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wird in zukünftigen Kreisen als eine erfreuliche Entspannung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen betrachtet. Die Verhandlungen haben dazu geführt, dass Polen gegen Konzeptionen im Oberstadium die deutsche Einfuhr auf der Grundlage von 1931 wieder zugelassen hat. Im Durchschnitt sind 80 Proz. zum Teil sogar 100 Proz. unserer Einfuhr nach Polen wiederhergestellt.

Die deutsche Antwort auf die britische Kohlennote.

London, 29. März.
In den Kreisen der britischen Kohlenindustrie wartet man immer noch auf die amtliche Veröffentlichung der deutschen Antwort auf die britische Note, in der gegen neue Einschränkungen der Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland Einspruch erhoben wurde. Die deutsche Antwort ist vom britischen Botschafter in Berlin letzte Woche in Empfang genommen worden. Wie verlautet, stellt die Antwortnote in Abrede, dass die Beschränkung der Kohleneinfuhr eine Diskriminierungsmaßnahme gegen die britische Einfuhr darstelle.

Verhandlungen über Senkung der Kommunalgebühren.

Berlin, 29. März.
Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar für Preisüberwachung zur Ergänzung und Unterstützung der Bestrebungen auf Senkung der Preise für lebenswichtige Waren und Leistungen die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Dieser Aufforderung wollen die Gemeinden und Gemeindeverbände nachkommen, obwohl die kommunalen Haushalte durch die steigenden Rohstoffpreisen und den Anstieg des Steueranforderungen außerordentlich belastet sind. Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Markthallen, öffentliche Märkte, Vieh- und Schlachthöfe sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Fell- und Fliegenanhalten, Krämpel- und Siechenheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Klammere- und Anschlagwesens sowie auf die Entgelte für Tanzstellen.

Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Einparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten, deren Berechnung durch die Grundzüge in einzelnen genau geregelt ist, entstehen. Eine Senkung der Entgelte muß erfolgen, wenn der Ertrag die Selbstkosten der Gemeinden oder Gemeindeverbände übersteigt. Eine Senkung der Gebühren unter die Selbstkosten kommt nicht in Frage. In den Fällen, in denen die Entgelte die Selbstkosten nicht decken, ist eine Senkung überhaupt nicht erforderlich. Da es bei den ständig steigenden Rohstoffpreisen und den rückgängigen Steuererträgen vollkommen ausgeschlossen erscheint, daß in einer Gemeinde sämtliche für eine Nachprüfung in Betracht kommenden Anstalten ihre Gebühren und sonstigen Entgelte senken können, lassen die Grundzüge es zu, die Einparnisse aus der Notverordnung und die Minderung der Selbstkosten gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 innerhalb der Verwaltung zusammenzufassen und zu besonders kräftiger Senkung an einzelnen Stellen, z. B. bei den Gas- und Elektrizitätswerken oder bei den Schlachthöfen usw. je nach den Verhältnissen des einzelnen Ortes, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, zu verwenden.

Vorverlegung der Londoner Donaubesprechungen.

Berlin, 29. März.
Nach dem bisherigen Stand des Meinungsaustausches zwischen Berlin, London und Paris hören wir, daß mit der Vorverlegung des Termins, der ursprünglich auf Ende nächster Woche angelegt war, auf Mitte nächster Woche zu rechnen ist. Da der Reichskanzler für die kommende Woche seine Tätigkeiten bereits getroffen hat — der Kanzler beabsichtigt bekanntlich in der nächsten Woche nach Königsberg, Stettin und Hamburg zu reisen — dürfte für Deutschland Staatssekretär v. Falow nach London fahren. Übrigens wird ja auch der französische Ministerpräsident Lardieu, wie aus einer offiziellen französischen Erklärung hervorgeht, nicht persönlich an diesen Vorbereitungen teilnehmen, die naturgemäß ein abschließendes Ergebnis nicht haben können.

Londoner Pressstimmen zum Donauplan.

Die englische Presse befaßt sich auch heute mit dem Donauplan und der Viermächtekonferenz.

Der „Times“ zufolge hat Macdonald schon seit einiger Zeit ein Zusammenkunft mit Lardieu gewünscht. In Regierungskreisen herrscht allgemein die Auffassung, ein persönlicher Meinungsaustausch zwischen den Premierministern beider Länder über die jetzige Lage in Europa werde von großem Wert sein. Auch nimmt man an, daß die Besprechungen nicht auf den Donauplan beschränkt sein sollten. Die britische Regierung hoffe, es werde möglich sein, zunächst eine Konferenz der vier Großmächte und dann eine Konferenz der Donaumächte abzuhalten. Auf der ersten Konferenz sollten die Grundlinien eines allgemeinen Planes vorgezeichnet werden, auf dem dann die Konferenz der Donaumächte aufbauen könne. Die dringende Notwendigkeit einer schnellen Hilfe werde es hoffentlich ermöglichen, die Viermächtekonferenz bereits für nächste Woche einzuberufen. Diese Erklärung findet sich auch in den anderen Blättern.

„Daily Herald“ schreibt: Hinter Lardieus Donauplan steht die politische Absicht, eine französische Herrschaft über das Donaueck zu errichten und der deutschen Durchdringung eine Schranke entgegenzusetzen. Zur wirtschaftlichen Seite des Planes bemerkt das Blatt, daß das grundlegende Übel der Donauplanen der Zusammenbruch der Bauernschaft sei. Diesem Übel aber würde der Lardieusche Plan keineswegs Abhilfe oder Erleichterung bringen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, hinsichtlich der Viermächtekonferenz sei alles in der Schwebe. Die deutsche und die italienische Regierung wären bereit, nächste Woche Delegierte nach London zu senden. Aber die französische Regierung halte eine solche Konferenz für verfrüht und dränge darauf, daß sie erst nach dem Wiedereintritt der Genfer Abrüstungskonferenz am 11. April in Genf abgehalten werde. Weder dieses Datum noch dieser Ort würden in London besonders begünstigt. Lardieu habe aber am Sonnabend und gestern deutlich zu verstehen gegeben, daß Frankreich einer Viermächtekonferenz nicht endgültig zustimmen werde, bevor es die Frage allein mit Großbritannien erörtert habe. Der Ausschub der

Senkung der Platanen- und Kirschblütengebühren.

Berlin, 30. März.
Nach eingehenden Verhandlungen mit den Verbänden der Klammere- und Anschlag- und der Klammere- und Anschlag-Verbraucher ist durch den Reichskommissar für Preisüberwachung eine

Konferenz werde in beidseitigen amtlichen Kreisen unzweifelhaft als enttäuschend und unbesriedigend angesehen.

Die französische Presse zu Lardieus Reise nach London.

Paris, 30. März.
In fast sämtlichen Blättern kommt die Genehmigung darüber zum Ausdruck, daß Lardieu nun doch seine Begegnung mit Ramsay MacDonald haben wird.

„Leit Parisien“ meint, man werde wahrscheinlich auch das Reparations- und Abrüstungsproblem ansprechen. Auch die Donaufrage erfordere eine ernste finanzielle Prüfung, um so mehr, als anscheinend die wirtschaftliche Annäherung der Länder Mittel- und Südosteuropas nicht ohne Unterstützung des französischen Kapitals durchgeführt werden könne.

„Journal“ hebt hervor, die Begegnung, zu der Lardieu nach London reise, müsse als völlig unabhängig von derjenigen gelten, zu der Macdonald Frankreich, Deutschland und Italien eingeladen habe. Das Blatt spricht von der Notwendigkeit der französisch-englischen Entente cordiale namentlich auch im Hinblick auf die Lausanner Konferenz.

„Fre-Pressette“ erwartet von der Aussprache eine Genugung, die für die Weiterentwicklung der Donaufrage von größter Bedeutung sei.

„Populaire“ stellt fest, Lardieu habe, weil er Deutschland ausschalten wollte, Frankreich isoliert. Es sei ihm höchstens gelungen, einen englisch-italienisch-deutschen Block gegen Frankreich zu bilden.

„Echo de Paris“ meint, es sei die Aufgabe Lardieus, Macdonald kurzumachen, daß die gegenwärtigen Pläne unüberwindlich seien, wenn die Regierungen von Berlin und Rom in die politische Behandlung gleichberechtigt mit den 5 Donaumächtern einträten. Daraus schließt „Echo de Paris“ seinen üblichen Angriff auf die „Pangermanisten“ an.

Weitere französische Blätterstimmen.

Paris, 30. März.

Zur bevorstehenden Londoner Reise Lardieus schreibt „Avenir“, der Publizist Macdonald werde versuchen, Lardieu hinterzulassen, weil das in seiner Natur liege und weil er die Franzosen verabscheue. Das werde ihm aber nicht gelingen. Die Viermächtekonferenz sei notwendig, denn man müsse wissen, was Deutschland und Italien beabsichtigen. Mit ein wenig gutem Willen auf beiden Seiten, in erster Linie bei Deutschland, werde man auf eine praktische Europa-Union zusteuern können.

„Figaro“ weist darauf hin, daß die Logik gelte, daß ein Abkommen zu vieren mache, da Frankreich und England fast sämtliche Kopfen für den Wiederaufbau der Donauplanen zu tragen berufen seien.

„Deuxie“ betont gegenüber dem wiedererwachenden Pangermanismus und angesichts der kommunistischen Revolution die Notwendigkeit der französisch-englischen Zusammenarbeit und unterstreicht, daß die Londoner Reise Lardieus im richtigen Augenblick erfolge.

Senkung der Platanen- und Kirschblütengebühren für Kommunal- und Spezialtarife mit Wirkung vom 1. April 1932 ab um mindestens 10 Prozent im Durchschnitt des Tarifes gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 angedeutet worden.

Tarife, die seit dem 31. Dezember 1931 nicht mehr erhöht worden sind, müssen um mindestens 5 Prozent gesenkt werden.

Ein Deutscher unter Spionagedacht im Remelgebiet verhaftet.

Remel, 29. März.
Wie das „Remeler Dampfboot“ meldet, hat die politische Polizei einen gewissen Richard Weder, der deutscher Reichsangehöriger ist, verhaftet, weil er angeblich Spionage getrieben hat. Er soll bei ihm belastendes Material gefunden worden sein. Die Angelegenheit ist dem Untersuchungsrichter für besondere Angelegenheiten übergeben worden.

Keine Berliner Zollverhandlungen österreichischer Minister.

Wien, 29. März.
Wie die amtliche Nachrichtenstelle von gutunterrichteter Seite erfährt, sind die Verhandlungen, die österreichische Minister beabsichtigen, jetzt in Berlin über Zollfragen über Auslandsreisen der Minister Bittler, Dollfuß und Heintl wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese Verhandlungen infolgedessen unzutreffend sind, als offizielle Auslandsreisen nicht geplant sind. Lediglich Bittler unternehme in letzter Zeit private Reisen nach Berlin und der Tschechoslowakei zu ihm nahe stehenden agrarischen Gruppen. Sollte er eine ähnliche Reise auch in Zukunft unternehmen, so trägt auch diese rein privaten Charakter und hat mit außenpolitischen Fragen nichts zu tun.

De Valeras Antwort an London.

London, 29. März.
Nach einer Reutermeldung aus Dublin wird De Valera in seiner Antwort an die britische Regierung erneut erklärt, daß die Abschaffung des Treueides keinen Vertragbruch bedeuten würde, und daß der Treueid in jedem Fall eine Komödie gewesen sei und bleiben werde. De Valera scheint ernstlich zu sein, dem Parlament bei seinem Zusammentritt einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Treueid abgeschafft wird. Auch hinsichtlich der Jahreszahlungen an England werde er seinen Standpunkt aufrechterhalten, daß die Zahlungen nicht auszuführen seien.

Die Reuter aus Dublin erzählt, daß De Valera nach mehrstündiger Beratung die Balfour Antwort an die britische Regierung über den Treueid und über die Jahreszahlungen an England gebilligt und den irischen Generalstaatsanwalt mit der Abfassung des amtlichen Wortlauts der Antwort beauftragt.

Annahme der Einfuhrsteuer im französischen Senat.

Paris, 29. März.
Der Senat hat heute vormittag nach längerer Aussprache die Einfuhrsteuer für ausländische Waren, von der die Regierung eine Einnahme von 400 Millionen Franken erwartet, angenommen. Mit Bezug auf die Bedenken wegen der möglichen Gegenmaßnahmen ausländischer Regierungen erklärte der Finanzminister, es handle sich nicht um Schutzmaßnahmen gegen irgendwelche ausländische Erzeugnisse, sondern um einen Ausgleich zwischen der Besteuerung französischer und ausländischer Waren, da die französischen Erzeugnisse wegen der auf ihnen lastenden Umsatzsteuer gegenüber den ausländischen Waren sonst benachteiligt wären. Die Steuer bekämpfe den Mißbrauch, der mit der Einfuhr getrieben werde; sie sei kein verschleierter Schutzzoll und werde keine Rückwirkungen auf den Außenhandel haben, sei aber für das Budgetgleichgewicht unerlässlich.

Neue kirchenfeindliche Ausschreitungen in Spanien.

Madrid, 30. März.
In der Provinz Guadacast in der Provinz Granada überfielen gestern etwa 300 sogenannte Extremisten eine Prozession, bemächtigten sich der in der Prozession mitgeführten Fahnen und zogen unter Abhängung der Internationalen durch die Dorfstraßen. Die Bewohner gerieten darüber in so starke Erregung, daß sie verschießentlich auf den Häusern auf die Unzufriedenheit feuerten und einige von ihnen schwer verletzten. Gendarmerie stellte schließlich die Ruhe wieder her.

Die Monarchisten und König Alfonso.

Madrid, 29. März.
Politische Persönlichkeiten, die dem monarchistischen Regime und der Persönlichkeit Alfons treu geblieben sind, sollen einen Brief an den Herzog von Miranda zur Übergabe an den ehemaligen König Alfonso überlassen haben, in dem sie ihm die Frage vorlegten, ob die beiden Manifeste und der Vertrag authentisch seien. Da König Alfonso nach der Rückkehr von seiner Mittelmeerfahrt die Authentizität der beiden Manifeste und des Vertrages bestritten hat, sollen die monarchistischen Persönlichkeiten beschlossen haben, von ihrer Absicht, ihrem ehemaligen Monarchen zu schreiben, abzusehen. Mehrere ehemalige Minister der Monarchie sollen wegen des Mangels

R